Geld? Geld!! : Freier Blick auf (Kirchen) Budgets

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **57 (2001)**

Heft 1

PDF erstellt am: **17.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-844988

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

GELD? GELD!!

FREIER BLICK AUF (KIRCHEN)BUDGETS

Die ökumenische Arbeitsgruppe "Brot für alle/Fastenopfer" nimmt dieses Jahr Kirchenbudgets aus Frauensicht unter die Lupe. "Wofür und in wessen Interesse wird Geld ausgegeben?" lautet die kritische Frage. Es geht um Gerechtigkeit, um Gleichstellung von Mann und Frau, aber auch um eine angemessene Berücksichtigung all der unbezahlten Arbeit, die Frauen leisten. Da die Ueberlegungen nicht nur für die Kirchenarbeit, sondern für jede Freiwilligenarbeit in Vereinen, Parteien usw. gelten, fassen wir sie ausführlich zusammen.

Die Initiantinnen fordern, dass Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit zu einem wesentlichen Kriterium für staatliche Wirtschaftspolitik und damit auch für die Staatsbudgets werden. "Dazu gehört die Gleichstellung von Frau und Mann". Christinnen und Christen sind verpflichtet, nach einer Ethik des Geldes zu fragen und dort Einfluss zu nehmen, wo sie mitentscheiden können.

Care Economy

Oekonominnen verwenden neuerdings den Begriff der "Care Economy" (englisch "care"=sich kümmern um, sorgen). Unter Care Economy versteht man das fürsorgende, vorsorgende und versorgende Wirtschaften, jener riesige Bereich, in dem Frauen bezahlt (Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialwesen) sowie unbezahlt (private Haushalte und Freiwilligenarbeit) überproportional vertreten sind. In diesen Bereichen wird ein wesentlicher Bestandteil unseres Wohlstandes erarbeitet. Trotzdem blenden die traditionellen, gängigen Wirtschaftstheorien diese Frauenrealitäten weitgehend aus.

Geschlechtsspezifische Budgetanalysen

Die Australierin Ronda Sharp schlägt ein dreistufiges Vorgehen vor. In einem ersten Schritt analysiert man jene Budgetposten, die speziell auf die Verbesserung der Lebenssituation von Frauen ausgerichtet sind (z.B. Frauenhäuser). Dann befasst man sich mit den Budgetposten, die der Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben dienen. Schliesslich geht es um die wei-

teren Posten, die in der Regel 99% der Budgets ausmachen.
Ein anderes Beispiel: Im Zusammenhang mit internationalen Finanzsystemen und staatlicher Finanzpolitik stellt die indische Oekonomin Gita Sen drei Fragen: Welche Auswirkungen hat das Budget auf

- den Lebensstandard von Frauen und Männern
- die Care Economy
- die Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen?

Kirchenbudgets

"Die Asymetrie zwischen Frauen und Männern, was ihre bezahlte und unbezahlte Arbeit in der Kirche angelangt, ist enorm," schreiben die Herausgeberinnen (Seite 9) "Die erste und wichtigste Frage, die Frauen, immer, wenn es um Geld geht, stellen müssen, lautet: Werden Leistungen von Frauen und Männern mit gleichen Ellen gemessen und gleich bewertet?" (Seite 10) Da gerade Frauen ihre eigenen Leistungen konsequent unterschätzen, sind sie bereit, "für die gute Sache" zurückzustehen.
Der Anteil der Frauen an der unbezahlten Arbeit in der Kirche ist noch grösser als in der ganzen Gesellschaft. Eine Untersuchung im Kanton Aargau ergab einen Frauenanteil von 79% an allen unbezahlt geleisteten Arbeitsstunden. Die gut entlöhnten Pfarrstellen dagegen sind vorwiegend mit Männern besetzt.

Heisses Thema Arbeitsüberlastung

Neue Wege sind gefragt: Der Evangelische Frauenbund der Schweiz (EFS) hatte zunehmend Mühe – wie übrigens zahlreiche andere Institutionen auch – für seine verschiedenen Aemter geeignete Freiwillige zu finden. Neuerdings legt er in seinen Richtlinien fest, dass Mitglieder des Zentralvorstandes nicht mehr als 8 Stunden wöchentlich unentgeltlich arbeiten sollen, Ueberstunden werden entschädigt. Spesen, inklusive Kinderbetreuungsspesen,, sind klar definiert. Die unbezahlte Arbeit wird bewertet und im Jahresbericht als Leistung ausgewiesen (50 Franken pro Arbeitsstunde). "Bei Budgetfragen geht es nicht nur um die Frage von Verhältnis von gearbeiteten Stunden und Geldeinkommen, sondern auch um Macht- und Demokratiefragen in Organisationen" (Seite 13)

FREIER BLICK AUF BUDGETS!
KIRCHENBUDGETS AUS FRAUENSICHT
HERAUSGEBERINNEN: OEKUMENISCHE ARBEITSGRUPPE, BROT FÜR ALLE, FASTENOPFER

BESTELLUNG:
BROT FÜR ALLE, MATERIALSTELLE, POSTFACH 414, 4003 BASEL.
(5,- FR. + PORTO)

Aus den Schlussfolgerungen seien im folgenden Argumente zitiert, die weit über das kirchliche Leben hinaus gelten: "In den herkömmlichen ökonomischen Analysen wird die unbezahlte Arbeit der Frauen als eine beliebig flexible und verfügbare wirtschaftliche Ressource betrachtet und eingeplant.... Wenn nichts mehr geht, wird auf die unbezahlte Arbeit in der Zivilgesellschaft gehofft. In der Praxis ist damit vor allem die unbezahlte Arbeit von Frauen gemeint. Dies ist unrealistisch. Frauen leiden an Arbeitsüberlastung." (Seite 15)

HÄUSLICHE GEWALT – EIN TRAURIGER DAUERBRENNER

Am 1. März 2001 nahm die neue Beratungs- und Informationsstelle für gewaltbetroffene Frauen, bif, in Zürich ihre Arbeit auf. Sie richtet sich an Frauen, die in ihrer Partnerschaft psychischer und/oder körperlicher Gewalt ausgesetzt sind. Auch Drittpersonen, die der betroffenen Frau nahe stehen, können sich beraten und informieren lassen. Trägerschaft ist der Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder, der seit über 20 Jahren das Zürcher Frauenhaus betreibt.

Eine Recherche des Fernsehens ergab, dass in der Schweiz jährlich mehr als 40 Frauen von ihren Partner getötet werden. Gewalt in Ehe und Partnerschaft betrifft immer auch die Kinder; in 70% der Fälle werden sie selber auch geschlagen. Oder sie werden traumatisiert, weil sie Zeugen der Gewalt werden, deren Opfer ihre Mütter sind.

Die Situation in England

Marie-Therese Larcher fasst ein Referat der britischen Soziologin Liz Kelly zusammen. "Kelly stellt in den verschiedensten Ländern Defizite fest: bei den zuständigen staatlichen Behörden wie Polizei und Sozialdienst, bei der Opferhilfe und dem Gesundheitsdienst.... Behörden und Institutionen sollten sich genügend Zeit nehmen, um eine gemeinsame Philosophie zu